

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Beratungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Finanzmarktkrise gerecht werden**

Der internationale Finanzmarkt befindet sich in einer tiefen Krise. Irrwitzige Renditeziele, der Handel mit ausgedachten und nicht werthinterlegten Devisen, die Überbewertung von Immobilien führen nun zu einer schmerzhaften, aber notwendigen Korrektur des Marktes. Bestehende Kontrollmechanismen konnten den Handel mit schlechten und wertlosen Finanzinstrumenten nicht einschränken oder verhindern.

Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes haben dem internationalen Bankenmarkt Teile ihrer versteuerten Einkommen anvertraut, u. a. um aus den Erträgen dieser Anlagen zu einem späteren Zeitpunkt ihre private Altersvorsorge, die Ausbildung ihrer Kinder und Enkel abzusichern oder aber für Härten vorzusorgen.

Diese Anlegerinnen und Anleger sind zurzeit durch die weltweite Finanzmarktkrise stark verunsichert. Ein Ergebnis dieser Verunsicherung könnte ein massenhaftes Abheben ihrer Guthaben bei den Banken sein. Diese Entwicklung würde die aktuelle Krise extrem verschärfen und muss mit allen Mitteln aufgehalten bzw. verhindert werden.

Ein Weg zur nachhaltigen und angemessenen Beruhigung der Anlegerinnen und Anleger soll das auf Bundesebene verabschiedete und von den Ländern mitgetragene Finanzmarktstabilisierungsgesetz sein.

Gleichzeitig brauchen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine schnelle und fundierte Beratung, wie sie mit ihren Finanzmarktprodukten am besten in der nächsten und weiteren Zukunft umgehen sollen. Diese Aufgabe übernimmt in Bremen die Verbraucherzentrale.

In der Verbraucherzentrale Bremen arbeiten innerhalb des vom Bund finanzierten Projekts „wirtschaftlicher Verbraucherschutz“ ausgezeichnet geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind durch die riesige Menge der persönlichen Beratungsanfragen so überlastet, dass sie die aktuelle Situation allein mit der Ausstattung der Bundesmittel nicht mehr bewältigen können.

Weil die Bürgerinnen und Bürger aber verstärkt die persönliche Beratung vor Ort als besonders vertrauensbildend sehen und nachfragen, ist diese kurzfristig personell und mit Sachmitteln so auszustatten, dass sie dem Beratungsbedarf nachkommen kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die Verbraucherzentrale für die verbleibenden zwei Monate des Jahres 2008 und für das Jahr 2009 finanziell so ausgestattet wird, dass sie den stark angestiegenen Beratungsbedarf hinreichend bewältigen kann.
2. Zur Gegen- bzw. Mitfinanzierung dieser zusätzlichen Kosten wird der Senat gebeten, Gespräche mit den in Bremen und Bremerhaven aktiven Geldinstituten mit dem Ziel aufzunehmen, dass sich diese durch Einzahlung an einem zu bildenden „Beratungsfonds“ beteiligen, um somit ihren Beitrag zur Vertrauensrückgewinnung bei den Kundinnen und Kunden zu leisten.

Dr. Karin Mathes,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Manfred Oppermann, Max Liess,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD